

Herr Strausfeld spricht sich vor dem Hintergrund der vielen durchaus auch problematischen Projekte, die man derzeit vor der Brust habe, dafür aus, dass man die im Haushalt 2022 stehenden 100.000 € für Verkehrssicherheit rund um den Marktplatz ansetzen und das ganze Thema nochmal in aller Ruhe überdenken solle. Ein Beschluss über die weitere Vorgehensweise solle deswegen zunächst nicht gefasst werden.

Frau Zorlu hält fest, dass die SPD-Fraktion ein wenig überrascht über die Vorlage sei, da man ja bereits einen mehrheitlichen Grundsatzbeschluss habe. Sie stellt außerdem klar, dass ein vollständiger Wegfall der Bürgerbeteiligung nicht angebracht sei und dass die SPD-Fraktion sich nicht in der Pflicht sehe, heute einen Beschluss über die weitere Vorgehensweise zu fassen. Grundsätzlich spricht aber auch sie sich im Namen ihrer Fraktion für die Reparatur der Stolperfallen aus. Sie möchte abschließend wissen, ob bezüglich der entstehenden Kosten bereits Gespräche mit den beitragspflichtigen Anliegern geführt worden seien.

Erster Beigeordneter Sterzenbach stellt klar, dass die im Haushalt 2022 befindlichen 100.000€ für dringendste Maßnahmen der Verkehrssicherung angesetzt seien und hiervon unberührt blieben. Mit Bezug auf den bereits gefassten Grundsatzbeschluss führt er aus, dass sich nach diesem mit dem Jahreswechsel und dem Beschluss des Haushalts 2022 eine wesentliche Grundlage geändert habe, und zwar durch den generellen Ausstieg aus der InHK Förderung. Dass die Bürgerbeteiligung wegfallen, sei nicht korrekt. Diese sei bei allen Alternativen weiterhin vorgesehen. Insofern sei auch das Gespräch mit den Anliegern bezüglich möglicher Beitragspflichten berücksichtigt. Die Beitragsfrage könne man allerdings erst verbindlich klären, wenn man wisse, was man bautechnisch genau vorhabe.

Bürgermeister Viehof berichtet, dass er bezüglich der Bestrebungen, die Gelder vom Theater am Park noch umleiten zu können, mit dem Ministerium und der Bezirksregierung keine Einigung erzielen konnte. Für ihn sei wichtig, die Verhandlungen mit den Landesbetrieb für den Kreisverkehr am Löhr's Eck und der dazugehörigen Markt-Einfahrt aufzunehmen. Er weist ferner darauf hin, dass sowohl die Erneuerung der Bäume als auch die ÖPNV Haltestelle gefördert würden. Die Bäume könnten mit Rohren um das Wurzelwerk versehen werden, um das Pflaster für die Zukunft zu schützen. Für ihn wäre auch ein Radweg auf der Westseite des Marktplatzes, sprich zwischen dem Marktplatz und der L86, wichtig, um den Radweg dann im Ergebnis auch bis zur Schranke durchführen zu können. Die Gehwegplatten vor den Geschäften sollte man so belassen wie sie sind, das defekte Pflaster könne man aber gegen eine bituminöse Fahrbahndecke austauschen. Man sollte außerdem Glasfaser verlegen und die Einläufe der Abflussrohre durch die Gemeindewerke optimieren lassen. Wenn man die Variante III also wie erläutert mit Teilen der Alternativ II.B kombiniere, hätte man eine durchaus optimierte vorübergehende Lösung.

Herr Liene merkt mit Bezug auf die Äußerung des Bürgermeisters, dass dieser keine Einigung bezüglich der benötigten Fördergelder mit dem Ministerium und der Bezirksregierung erzielen konnte, an, dass das ganze Thema davon abhängt, ob die Gemeinde eine Förderung bekomme oder nicht. Man werde nicht die Kapazitäten und das Geld dafür haben, große Lösungen umzusetzen. Vor dem Hintergrund der im Juli geplanten Sitzung des Ältestenrates, bei welcher gemeinsam mit der Bezirksregierung noch einmal beraten werde, ob es eine theoretische Chance auf Förderung gebe, spricht er sich ebenfalls dafür aus, vorerst keine Entscheidung zu treffen, sondern zunächst einmal die Sitzung mit der Bezirksregierung abzuwarten. Sollte es in der Sitzung nicht ganz überraschender Weise Fördergeld-Zusagen seitens der Bezirksregierung geben, komme lediglich Variante III als vernünftige Lösung in Frage.

Herr Jüdes merkt an, dass es wichtig sei, jetzt schon mit den Straßenbaulastträgern abzuklären, ob man den wichtigen Kreisverkehr am Löhr's Eck mit in die Planung aufnehmen könne.

Erster Beigeordneter Sterzenbach informiert zum Auftrag der Politik, Vertreter der Bezirksregierung zu einer Sitzung des Ältestenrates einzuladen, das Ratsbüro habe vor kurzem seitens der Bezirksregierung die Rückmeldung erhalten, dass diese solche Entsendungen aus prinzipiellen Gründen nicht vornimmt.

Herr Scholz stellt klar, dass es indiskutabel sei, dass eine Bürgerbeteiligung zwingend erforderlich ist. Er schließt sich seinen Vorredner bezüglich der Einstellung vorerst nichts zu beschließen an. Man habe noch so viel vor der Brust, das könne man sich einfach nicht leisten.

Frau Faßbender macht darauf aufmerksam, dass man sich nicht immer nur Einzelmaßnahmen anschauen dürfe. Man brauche unbedingt einen Fahrplan für die nächsten Jahre, um die Projekte nach und nach abarbeiten zu können, ohne irgendjemanden zu überfordern. Da man in vielerlei Hinsicht auf eine Förderung angewiesen sei, plädiert sie daher dafür, wieder ein Städtebauförderprojekt zu finden. Man habe einfach kein Geld dafür, irgendetwas auf eigene Faust zu machen.

Herr Tendler gibt mit Bezug auf den vorherigen TOP zum Thema Klimaschutz zu bedenken, dass man dieses Thema auch im Hinblick auf den Marktplatz berücksichtigen solle. Er weist außerdem darauf hin, dass es mittlerweile eine große Verärgerung hinsichtlich der langen Fertigstellungszeiten in der Gemeinde Eitorf gebe. Man zerrede die Dinge mittlerweile in einem Ausmaß, dass es für die Bürgerinnen und Bürger kaum noch nachzuvollziehen sei.

Herr Casper hält fest, dass man versuchen solle die Marktplatzoberfläche mit möglichst wenig Budget zu reparieren. Bevor man nachher für viel Geld wieder eine Lösung habe, die städtebaulich und gestalterisch nicht richtig geplant sei, könne man sich dadurch genug Zeit verschaffen, um über die nächsten Jahre hinweg nochmal in Ruhe planen zu können. Alles andere sei seiner Meinung nach verschwendete Zeit und verschwendetes Geld.

Frau Haas schließt sich der Ansicht von Frau Faßbender an. Man benötige dringend einen Fahrplan, da man langsam den Überblick verliere. Sie schlägt, wie Herr Scholz es in seiner Haushaltsrede bereits getan hatte, vor, einen Wettbewerb bei den Universitäten für Stadtentwicklung auszuloben. Die Studierenden seien am Zahn der Zeit und hätten die Konzepte. Das sei eine von vielen Ideen, die man zumindest nebenher laufen lassen könne. Herr Casper spricht sich gegen diese Idee aus. Man könne seiner Meinung nach mit Studenten keine Planungen machen. Das suggeriere, dass Planung kein Geld koste. Es würden Phantomprojekte entwickelt, die sich nachher gar nicht realisieren ließen. Man müsse Projekte mit dem Bauherrn erarbeiten, um zu einer vernünftigen Lösung kommen zu können.

Herr Liene führt aus, dass er in Anbetracht der Tatsache, dass die Umsetzung der noch nicht mal vorliegenden Planungen noch in sehr weiter Ferner liege, fassungslos über die hier geführte Diskussionsdiskussionen sei - gerade auch von dem Bürgermeister.

Vorsitzender Bellinghausen fasst zusammen, er habe von allen Fraktionen mitgenommen, dass heute abgesehen von der vorzunehmenden Instandhaltung im Rahmen der im Haushalt befindlichen 100.000 € kein Beschluss gefasst werden solle.

Erster Beigeordneter Sterzenbach stellt klar, dass die Schadstellen am Marktplatz mit den 100.000 € nach Kräften in 2022 beseitigt würden und das unabhängig davon, ob heute ein Beschluss gefasst werde oder nicht. Ansinnen der Vorlage sei gewesen, als Verwaltung eine grundsätzliche Wegweisung zu bekommen.

Herr Strausfeld stellt sich die Frage, ob die Verwaltung in der Lage sei im August schon Bürgergedanken explizit herausgearbeitet zu präsentieren. Im Namen der CDU-Fraktion hält er nochmals fest, dass man zur weiteren Vorgehensweise heute keinen Beschluss fassen werde.

Erster Beigeordneter Sterzenbach merkt an, dass es in Ordnung gehe, eine Bürgerbeteiligung zu der denkbaren Konstellation vorzuziehen, wenn der Ausschuss das so wünsche. Das sei ein Wegweiser zur Vorgehensweise.

Herr Liene führt aus, dass die Vorlage der Verwaltung früher immer automatisch auch die Vorlage des Bürgermeisters gewesen sei, in manchen Zeiten sogar gleichzeitig die Vorlage der Mehrheitsfraktion. Da dies mittlerweile nicht mehr so sei, habe das zur Folge, dass jeder sein Ding für sich mache und die Verwaltung aus der Not heraus alle Optionen aufmache. Dass man also nicht einen komprimierten Vorschlag mache, könne er aufgrund des Chaos gut verstehen. Von daher sei er auch der Meinung, dass man zunächst erstmal wieder sacken lassen müsse. Um in der Endlosdiskussion endlich mal weiter zu kommen, plädiert er dafür, dass sich jede Fraktion in der nächsten Sitzung klar positioniert.

Frau Zorlu bekräftigt die Aussagen ihres Vorredners. Man wolle nicht gegen die Verwaltung arbeiten, es sei für sie aber schwierig, weil man unterschiedliche Signale bekomme. Es sei keine Linie oder politische Richtung ersichtlich. Das erschwere die Arbeit enorm. Abschließend hält sie fest, dass ihre Tendenz in Richtung Reparatur + gehe. Man habe so viele Aufgaben vor der Brust, dass eine Realisierung der großen Lösung aus eigener Tasche inklusive der Bürgerbeteiligung gar nicht möglich sei.

Bürgermeister Viehof hält nochmals fest, dass es, für den Fall, dass die Idee des Kreisverkehrs die Mehrheit finden würde, wichtig sei die Verwaltung zu beauftragen, damit man zur Abklärung der Machbarkeit und Kosten mit dem Landesbetrieb in Kontakt treten könne. Man werde die Möglichkeiten als Verwaltung für die Augustsitzung mit zwei Varianten zusammenfassen, sodass dann eine Entscheidungsvorlage vorliege.

Herr Krumkühler beantragt zur internen Beratung eine kurze Sitzungsunterbrechung. Mit allseitiger Zustimmung wird die Sitzung daraufhin um 19:48 unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 19:54 fasst der Erste Beigeordnete Sterzenbach zusammen, dass die Schadstellen am Marktplatz unabhängig von der Beschlussfassung beseitigt würden. Man könne erkennen, dass die Variante III wegen des Zeitgewinns seitens der Fraktionen durchaus bevorzugt werde. Er schlägt vor, den TOP im darauffolgenden ABS ohne vertiefende Debatte wie geplant aufzurufen. Die Vorlage komme zunächst jedoch nicht in den Rat, werde in den Fachausschüssen im August allerdings mit einer konkretisierten Variante III noch einmal aufgerufen. Dabei könne man nach Möglichkeit auch auf den in Rede stehenden Kreisverkehr eingehen, sicher aber auf die Pflichtaufgabe der barrierefreien Bushaltestelle, dies zumindest an der Ostseite der L 86. Das Ganze mit dem Ziel im August gemeinsam eine Wegweisung dazu zu haben, wie man vorgehe, insbesondere um Klarheit für die dann anstehenden Haushaltsanmeldungen 2023 ff zu haben und um außerdem für die nächsten 10 Jahre „Luft“ für eine Neuaufstellung zu einer ganzheitlichen Lösung zu haben.

Aus der Mitte des Ausschusses heraus wird dieses Vorgehen gebilligt.